

Antrag Nr. 12-F-33-0013

CDU/SPD

Betreff:

Stellplatzsatzung
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2012 -

Antragstext:

Zur besseren Realisierbarkeit von neuen Senioren- und Studentenwohnheimen, bedarf die Wiesbadener Stellplatzsatzung einer Überarbeitung, da sie in vielen Punkten nicht der tatsächlichen Parksituation Rechnung trägt.

Stellplätze sind einerseits zwingend notwendige Grundvoraussetzung einer baulichen Nutzung, andererseits können überhöhte Anforderungen auch zu Investitionshindernissen sein. Es gilt daher, den Bedarf zutreffend zu ermitteln. Insbesondere im Hinblick auf Studenten- und Seniorenwohnheime ist die derzeitige Regelung klärungsbedürftig. Die Stellplatzsatzung ist erforderlichenfalls anzupassen.

Um einen geeigneten Schlüssel für die Stellplatzanzahl, festlegen zu können, ist eine Studie notwendig, die ermittelt wie viele Stellplätze für ein Senioren- oder Studentenwohnheim tatsächlich notwendig sind.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, durch eine Studie den tatsächlich benötigten Bedarf an Stellplätzen für ein Senioren- oder Studentenwohnheim zu ermitteln. Hierbei soll insbesondere berücksichtigt werden:

- a.) Wie viele der in Studentenwohnheimen lebenden Studenten ein eigenes Auto besitzen oder sich regelmäßig eines leihen?
- b.) Wie viele der Stellplätze eines Seniorenwohnheims von den Senioren oder den Angestellten genutzt werden?
- c.) In wie weit das Besucheraufkommen maßgeblich für den tatsächlichen Stellplatzbedarf ist?

Wiesbaden, 25.01.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Dr. Vera Gretz-Roth
Planungspolitische Sprecherin
(SPD-Fraktion)

Stephanie Engel
Fraktionsassistentin

Marcus Giebeler
Fraktionsassistent